



Neustädter Kreisblatt.

Preis 1,20 Mark für
das Halbjahr einschl.
der Zeitungsgebühr.

Neustadt, den 21. Oktober 1915.

Erscheint wöchentlich (Donnerstag).
Insk.-Gebühr für die ein-
spaltige Korpuszeile 15 Pfg.

Verordnungen und Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Am 5. September ist ein mit Feldpost für das Ostheer beladener Eisenbahngüterwagen auf der Strecke Berlin—Thorn in Brand geraten. Als der Brand auf einer Station bemerkt wurde, hatte er bereits soweit um sich gegriffen, daß fast die Hälfte der Ladung, etwa 200 Briefbeutel mit rund 22 000 Feldpostspäcken, den Flammen zum Opfer gefallen waren.

Ferner ist am 10. September in einem gleichfalls mit Feldpost für das Ostheer beladenen Eisenbahngüterwagen auf der Strecke Dresden—Breslau Feuer ausgebrochen. Da das Feuer bald entdeckt und gelöscht wurde, konnte die von der Postsammelstelle in Hannover abgesandte, aus etwa 500 Briefbeuteln bestehende Ladung bis auf 5 Beutel mit etwa 500 Feldpostspäcken, die vernichtet sind, geborgen werden. Ein Teil der geborgenen Ladung, 54 Beutel, ist angebrannt.

Nach dem Befunde ist in beiden Fällen Selbstentzündung von Streichhölzern oder Benzin als Ursache der Brände anzusehen.

Auf das Verbot der Versendung feuergefährlicher Gegenstände durch die Feldpost, wie Streichhölzer, Benzin, Aether, ist aus Anlaß früherer Brände wiederholt hingewiesen worden. Das Publikum wird erneut auf das Dringendste ersucht, im Interesse der Allgemeinheit und insbesondere unserer heldenmütigen Kämpfer im Felde die Versendung solcher Gegenstände durch die Post unbedingt zu unterlassen. Jede zur Kenntnis der Postbehörden gelangende Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot, die nach § 367 unter 5 a St.-G.-B. strafbar ist, wird gerichtlich verfolgt.

Berlin W. 66, den 15. September 1915.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
Raeffe.

In Ergänzung unseres gemeinsamen Erlasses vom 15. Juni 1915 — I A Ia 6436 M. f. L., 967. 6. 15. U. R. R. M. — bestimmen wir das Folgende:

1. Verwendung von Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft.

1. Die ursprünglichen von dem mitunterzeichneten stellvertretenden Kriegsminister herausgegebenen Grundsätze für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft vom 6. März 1915 (wiederholt als Anhang A zum Erlaß vom 15. 4. 1915 Nr. 700. 4. 15. U. R.) gelten mit den Abänderungen und Ergänzungen, die sie durch unseren gemeinsamen Erlaß vom 15. Juni 1915 erfahren haben, unverändert vom 1. Oktober 1915 an weiter.

In Fortfall kommt lediglich die unter V Ziffer 4 vorgesehene Zahlung eines täglichen Verpflegungszuschusses.

2. Verpflichtet sich aber ein landwirtschaftlicher Arbeitgeber, von ihm bereits beschäftigte oder bis 31. Oktober neu beantragte Kriegsgefangene den ganzen Winter hindurch (bis zum 1. April 1916 einschl.) weiter zu beschäftigen, so wird der Verpflegungszuschuß für diese Kriegsgefangenen weiter gezahlt.

Die Auszahlung soll in kürzeren Zwischenräumen, etwa 4wöchentlich, nach näherer Anordnung des Stellv. Gen.-Rdos. erfolgen, für die rückliegende Zeit bis 30. September 1915 jedoch nunmehr sofort auf Antrag.

3. Scheiden aus einem landwirtschaftlichen Betriebe, dem der Verpflegungszuschuß (Ziffer 2) zufließen würde, nach Bekanntwerden dieses Erlasses vorher dort beschäftigte sogenannte Saisonarbeiter, ohne vorgängige Genehmigung der zuständigen Behörde, aus, so wird der Zuschuß gekürzt oder entzogen. Er ist in diesem Fall für eine der Zahl der ausgeschiedenen Saisonarbeiter gleichkommende Anzahl von Kriegsgefangenen und für deren ganze Beschäftigungszeit, seit dem 1. Oktober, einzubehalten oder zurückzufordern.

II. Verwendung der Kriegsgefangenen in der Forstwirtschaft.

Auch für die Erledigung aller forstlichen Betriebsarbeiten, die in geordneten, mit Landwirtschaft nicht verbundenen Forstbetrieben vorkommen (z. B. Hauungs-, Kultur-, Wege-, Schädlingsbekämpfung- und Abfuhrarbeiten) können Kriegsgefangene zu den vorstehend unter I 1 erwähnten Bedingungen gestellt werden.

Der Verpflegungszuschuß kommt hier nicht in Frage.

Berlin W 9, den 4. Oktober 1915.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. **Der stellvertretende Kriegsminister.**
Freiherr von Schorlemer. von Wandel.

Vorstehender Erlaß ist auf ortsübliche Weise bekannt zu machen. Anträge auf Ueberweisung von Kriegsgefangenen sind bei mir zur Weitergabe zu stellen. Formulare dazu sind bei mir kostenlos zu haben.

Neustadt, den 20. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Durch Verfügung des Reichspostamts vom 10. September d. Js. (Amtsblatt des Reichspostamts vom gleichen Tage Nr. 123) sind zur Erleichterung der Einlösung der Zinscheine der Kriegsanleihen auch die Reichspostanstalten angewiesen worden, die Zinscheine der Kriegsanleihen künftig in Zahlung zu nehmen oder gegen bar umzutauschen.

Von der dortigen Einwirkung auf die Kommunal- und Sparkassen in der Rheinprovinz dahin, daß sie ebenfalls die Zinscheine der Kriegsanleihen an Zahlungsstatt annehmen, habe ich gern Kenntnis genommen. Ich nehme als selbstverständlich an, daß die genannten Kassen dieser Anregung entsprechen werden.

Berlin, den 23. September 1915.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: v. Jarocky.

An den Herrn Oberpräsidenten in Coblenz.

Vorstehenden Erlaß bringe ich hiermit zur Kenntnis sämtlicher Ortsbehörden des Kreises. Die Herren Bürgermeister, Gemeinde- und Gutsoorsteher des Kreises ersuche ich, den unterstellten Kassen die Annahme der Zinscheine der Kriegsanleihen an Zahlungsstatt nahe legen zu wollen.

Neustadt, den 15. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Durch Verordnung der Militärverwaltung vom 31. Juli d. Js. sind bestimmte häusliche Wirtschaftsgegenstände aus Kupfer, Messing und Nickel, namentlich Küchen- und Badstuben-geräte, mit Beschlag belegt worden. Nach der Anweisung zur Ausführung der Verordnung

ist es erwünscht, daß auch nicht beschlagnahmte Metallgegenstände freiwillig für Kriegszwecke zur Verfügung gestellt werden. Solche freiwillige Einlieferung findet derzeit in großem Umfang statt.

Bei der vaterländischen Bedeutung der Metallablieferung und bei voller Würdigung des patriotischen Eifers der Beteiligten werden doch die Gefahren nicht zu übersehen sein, welche eine unterschiedslose Hingabe alter Metallbestände — und Fälle dieser Art sind bereits zur Kenntnis gekommen — für den ererbten Kunstbesitz mit sich bringt. Seit Jahrzehnten ist es eine Hauptaufgabe der Denkmalpflege und des Heimatschutzes, die uns überkommenen Bestände an alter Volkskunst, Erzeugnissen des Hausfleißes und Kunsthandwerks früherer Zeiten, wie sie sich trotz der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und trotz des Zugreifens des Althandels in Bauern- und Bürgerhäusern wie in öffentlichem Besitz überall noch finden, zu erhalten und zu pflegen. Es geschieht dies nicht nur im künstlerischen, sondern auch im allgemeinen Interesse. Bei der freiwilligen Metalleinlieferung wird daher auch da, wo die Vorschriften der §§ 16, 30 des Zuständigkeitsgesetzes nicht Platz greifen, darauf zu achten sein, daß nicht unnötiger Weise Gegenstände von wissenschaftlichem, geschichtlichem oder künstlerischem Wert hingegeben werden, deren geringer Metallwert überdies zu ihrem Denkmalwert häufig außer Verhältnis steht.

Em. Hochgeboren — Hochwohlgeboren — ersuche ich ergebenst, die Gemeinden des dortigen Bezirks gesälligst alsbald anzuhalten, daß sie bei der Hergabe ihnen gehöriger Gegenstände nach diesen Gesichtspunkten verfahren und in Zweifelsfällen einen Sachverständigen, z. B. den Provinzialkonservator, zuziehen.

Berlin, den 21. September 1915.

Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.

(gez.) Unterschrift.

An die Herren Regierungspräsidenten.

Vorstehendes ist auf ortsübliche Weise bekanntzumachen.

Die Entscheidung des Provinzialkonservators ist durch meine Vermittelung einzuholen.

Neustadt, den 2. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Anordnung der Landeszentralbehörden.

Gemäß § 5 der Bekanntmachung über Beschränkung der Milchverwendung vom 2. September 1915 (R.-Gesetzbl. S. 545) bestimmen wir:

§ 1.

Es ist verboten:

- 1) Sahne in Verkehr zu bringen, außer zur Herstellung von Butter;
- 2) Milch jeder Art oder Sahne zur Herstellung von Schokoladen und anderen kakao-haltigen Zubereitungen, Bonbons oder ähnlichen Erzeugnissen zu verwenden;
- 3) Schlagmilch herzustellen, auch im Haushalt;
- 4) Vollmilch an Kälber und Schweine, die älter als 6 Wochen sind, zu verfüttern;
- 5) Milch jeder Art bei der Brotbereitung zu verwenden;
- 6) Milch jeder Art bei der Zubereitung von Farben zu verwenden;
- 7) Milch zur Herstellung von Casein für technische Zwecke zu verwenden;
- 8) Sahnepulver herzustellen.

§ 2.

Als Milch im Sinne dieser Anordnung gilt auch eingedickte Milch und Trockenmilch; als Sahne gilt jede mit Fettgehalt angereicherte Milch, auch in eingedickter und eingetrockneter Form.

§ 3.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden nach § 6 Ziffer 4 der Bekanntmachung über Beschränkung der Milchverwendung (R.-Ges.-Bl. S. 545) mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

§ 4.

Der Minister für Handel und Gewerbe kann Ausnahmen von dem Verbote in § 1 Ziffer 1, 2, 3, 5, 6, 7 und 8 bewilligen.

§ 5.

Diese Anordnung tritt am 25. Oktober 1915 in Kraft.

Berlin, den 18. Oktober 1915.

**Der Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten.**

**Der Minister
des Innern.**

**Der Minister für Handel
und Gewerbe.**

Freiherr von Schorlemer.

von Loebell.

In Vertretung: Geyper.

Vorstehende Anordnung ist sofort auf ortsübliche Weise bekanntzumachen.

Neustadt, den 19. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Es ist angeregt worden, die deutschen Stahlfederfabriken in ihrem Bestreben, englische Federn durch gleichwertige deutsche zu ersetzen, amtlich zu unterstützen. Wir hatten diese Anregung für begründet, demgemäß ersuchen wir Ew. pp., dahin zu wirken, daß die Behörden nur solche Stahlfedern beziehen, die in deutschen Fabriken hergestellt sind. Deutsches Erzeugnis sind Federn, die eine der folgenden Firmenbezeichnungen tragen:

„Brause & Co., Iserlohn“,

„Heinze & Blanderg, Berlin“,

„O. W. Leo Nachf., Leipzig-Plagwitz“,

„Hermann Müller, Leipzig-Rindenu“,

„Gebr. Nevoigt, Reichenbrandt bei Chemnitz“,

„S. Röder, Berlin“,

„H. Schaper, Iserlohn“,

„F. Sönnedcken“.

Die Ihnen unterstellten Behörden wollen Sie entsprechend anweisen.

Berlin, den 17. September 1915.

Der Minister für Handel u. Gewerbe. Der Minister der geistlichen u. Unterrichtsangelegenheiten.

Dr. Sydow.

J. A.: Gerlach.

Der Finanzminister.

Der Minister des Innern.

J. A.: Dulheuer.

J. A.: v. Jarosky.

Vorstehendes ist auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

Neustadt, den 16. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Ausführungsbestimmungen

zu der

Verordnung des Bundesrats über die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel,
vom 23. September 1915. (R.-G.-Bl. S. 603).

Auf Grund des § 8 der Bundesratsverordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel (R.-G.-Bl. S. 603) wird zur Ausführung der §§ 1 bis 4 dieser Verordnung folgendes bestimmt:

1. Für die Untersagung des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermitteln aller Art, sowie rohen Naturerzeugnissen, Heiz- und Leuchtstoffen, oder mit Gegenständen des Kriegsbedarfs (§ 1 Abs. 1) und für die Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis zum Beginne des Handels mit Gegenständen der bezeichneten Art (§ 3 Abs. 1), soweit etwa der Reichskanzler oder der unterzeichnete Minister eine solche Erlaubniserteilung vorschreiben sollte, ist

in Städten über 10000 Einwohner die Ortsbehörde,
im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident zu Berlin,
im übrigen der Landrat und in den Hohenzollernschen Landen der Oberamtmann
zuständig, falls der Handeltreibende in dem Bezirk dieser Behörde seinen Wohnsitz oder
dauernden Aufenthalt hat oder eine gewerbliche Niederlassung errichtet hat oder errichten will.

2. Gegen die Unterfagung des Handelsbetriebs und gegen die Versagung der Erlaubnis
ist nur Beschwerde zulässig (§ 4). Sie ist an den Regierungspräsidenten, im Landespolizei-
bezirke Berlin an den Oberpräsidenten, binnen einer Woche vom Tage der Eröffnung des Be-
scheides zu richten und hat keine aufschiebende Wirkung. Die Entscheidung auf die Beschwerde
ist endgültig.

Die geltenden Bestimmungen über die Rechtsmittel gegen die Versagung des Wander-
gewerbescheins und der Legitimationskarte (§ 3 Abs. 3) bleiben unberührt.

3. Zweck der Verordnung ist, die während der Kriegszeit im Handel mit Gegenständen
des täglichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs hervorgetretenen und letzten Endes auf das Ge-
schäftsgebaren unzuverlässiger Personen zurückzuführenden Mißstände, insbesondere die über-
mäßigen Preistreibereien, in den genannten Gegenständen zu bekämpfen und zu beseitigen.
Demnach besteht für die zuständigen Behörden (Nr. 1) nicht nur die Möglichkeit, sondern die
Pflicht, gegen die in § 1 genannten Handeltreibenden vorzugehen. Die Unterfagung des
Handels und die Versagung der Erlaubnis zum Beginne des Handels werden jedoch in An-
lehnung an die Vorschriften der Reichsgewerbeordnung (§ 35 dafelbst) davon abhängig gemacht,
daß Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Handeltreibenden inbezug auf seinen
Handelsbetrieb dartun. Ob im einzelnen Falle solche Tatsachen gegeben sind, darüber hat die
zuständige Behörde nach pflichtgemäßer Prüfung zu entscheiden. Zuwiderhandlungen gegen
das Gesetz, betreffend die Höchstpreise, vom 4. August 1914 (R.-G.-Bl. S. 339, 516), gegen
die Bundesratsverordnungen über Vorratserhebung vom 2. Februar und 3. September 1915
(R.-G.-Bl. S. 54, 549), über den Aushang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels
vom 24. Juni 1915 (R.-G.-Bl. S. 353) und gegen übermäßige Preiskteigerung vom 23. Juli
1915 (R.-G.-Bl. S. 467) sowie gegen die auf Grund dieser Verordnungen ergangenen Aus-
führungsbestimmungen und Anordnungen sind als solche Tatsachen anzusehen (§ 1 Abs. 2).
Liegen sie vor, so wird in vielen Fällen ohne weiteres die Unzuverlässigkeit des Handeltreibenden
als gegeben anzunehmen sein. Aber auch Zuwiderhandlungen gegen sonstige, vom Bundesrat
auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen
Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (R.-G.-Bl. S. 327) erlassenen oder noch zu erlassenden
Verordnungen und die zu deren Ausführung ergehenden Bestimmungen werden als Tatsachen
zu betrachten sein, die die Unzuverlässigkeit des Handeltreibenden dartun können. Viele
Personen ferner haben sich seit Ausbruch des Krieges dem Handel mit Gegenständen des täg-
lichen Bedarfs und des Kriegsbedarfs zugewandt, mit dem sie sich zuvor nicht befaßt hatten.
Soweit ein wirtschaftliches Bedürfnis für diesen, durch den Krieg geschaffenen Handel besteht,
wird er unangetastet bleiben müssen. Die Erfahrung hat indes gezeigt, daß er auch von einer
großen Zahl unzuverlässiger Personen ausgeübt wird, die in dem neuen Handelszweige ohne
Sachkenntnis sind und sich lediglich die günstige Gelegenheit großen mühelosen Gewinns nutzbar
machen. Fällen, in denen jemand ein bisher von ihm nicht betriebenes Handelsgewerbe nach
Beginn des Krieges begonnen hat, wird daher besonders nachzugehen sein. Es wird zu
prüfen sein, ob nicht der Betriebswechsel unter Berücksichtigung der näheren Umstände allein
oder in Verbindung mit anderen, die Unzuverlässigkeit des Handeltreibenden begründenden
Tatsachen die Unterfagung des Handelsbetriebs rechtfertigen.

4. Die Unterfagung richtet sich gegen die Person des Handeltreibenden, dessen Unzuver-
lässigkeit dargetan ist. Damit über die Tragweite der Unterfagung keine Zweifel bestehen,
sind die Handelszweige, auf welche sich die Unterfagung erstreckt, in jedem Falle genau anzu-
geben (§ 1 Abs. 1).

5. Ist dem Handeltreibenden für den unterfragten Handelsbetrieb ein Erlaubnischein (Wandergewerbeschein, Legitimationskarte und dergleichen) erteilt, so hat die Unterfragung den Verlust des Erlaubnischeines zur Folge (§ 2 Abs. 1). Der Schein ist polizeilich einzuziehen.

6. Die Bestimmung des § 3 Abs. 3 Satz 2, wonach der Wandergewerbeschein und die Legitimationskarte auch dann zu versagen sind, wenn gegen den Nachsuchenden Tatsachen vorliegen, die seine Unzuverlässigkeit in bezug auf den Handelsbetrieb dartun, tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 27. September 1915.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Im Auftrage: *L u s e n s k y.*

Die Ortsbehörden — ausgenommen die Stadt Neustadt — haben mir Anträge auf Unterfragung des Handelsbetriebs durch Vermittlung der Ortspolizeibehörde einzureichen.

Neustadt, den 12. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nachdem die Presse Mitteilungen über die Bereitstellung von 200 000 Tonnen geschroteten Brotgetreides zu Futterzwecken gebracht hat, gehen bei dem Preussischen Landesgetreideamt unzählige Anträge von einzelnen Viehhaltern auf Zuweisung von Futterschrot ein. Das Landesgetreideamt macht darauf aufmerksam, daß solche Anträge zwecklos seien und von ihm weder berücksichtigt noch beantwortet werden könnten, da die Verteilung der Futtermittel durch Vermittlung der Oberpräsidenten und die Unterverteilung auf die Verbraucher durch die Kommunalverbände erfolgen solle. Diese Verteilung steht in kurzer Frist bevor.

Breslau, den 14. Oktober 1915.

Der Oberpräsident.

Vorstehendes ist auf ortsübliche Weise bekanntzumachen. Die Landwirte sind darauf hinzuweisen, daß sie solche zwecklose Anträge an das Landesfuttermittelamt zu unterlassen haben. Sobald ich Nachricht über die erfolgte Verteilung erhalte, werde ich dies bekanntgeben.

Neustadt, den 18. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Am 25. September d. Js. nachmittags sind in Ramin, Kreis Beuthen O.-S., mehrere Baulichkeiten niedergebrannt. Das Feuer ist offenbar auf vorsätzliche Brandstiftung zurückzuführen. Ich fordere zur Nachforschung nach den Tätern auf und sichere eine Belohnung von

1 0 0 0 M a r k

demjenigen zu, der den oder die Brandstifter ermittelt und so zur Anzeige bringt, daß gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Eine etwa erforderlich werdende Verteilung der Belohnung behalte ich mir, unter Ausschluß des Rechtsweges, vor.

Oppeln, den 8. Oktober 1915.

Der Regierungspräsident.

o o n S c h w e r i n.

Vorstehendes ist auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

Neustadt, den 16. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Am 9. Oktober d. Js. nachts gegen 1 $\frac{1}{2}$ Uhr sind in Groß-Dombrowka, Kreis Beuthen O.S., in der Wohnung der Stellenbesitzerin Katharina Wojcik drei unbekannte Personen eingebrochen und haben etwa 250 Mark in Scheinen und eine Korallenkette im Werte von 150 Mark entwendet. Ich fordere zur Nachforschung nach den Tätern auf und sichere eine Belohnung von

1 0 0 0 M a r k

demjenigen zu, der die Einbrecher so zur Anzeige bringt, daß gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Eine etwa erforderlich werdende Verteilung der Belohnung behalte ich mir, unter Ausschluß des Rechtsweges, vor.

Oppeln, den 13. Oktober 1915.

Der Regierungspräsident.

J. B.: Kleg.

Vorstehendes ist auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

Neustadt, den 16. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nr. 412. Es sind von mir bestätigt worden:

a) als Schöffe:

der Häusler Johann Nowotny in Ernestinenberg,

der Häusler Paul Pawliczek in Dobrau,

der Bauer Emanuel Barisch in Altzülz,

der Gärtner Gottlieb Bienenk in Lakwitz,

der Gärtner Franz Pietrnscha in Jarschowitz;

b) als Schöffen-Stellvertreter:

der Häusler Johann Stocklossa in Kramelau,

der Gärtner Hermann Weimel in Jarschowitz.

Neustadt, den 12. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nr. 413. Der Kreis Neustadt O.-S. kann gegen 1000 Zentner Zuckersutter (Rohzucker vergällt und unvergällt) und 5000 Zentner Melassefutter überweisen.

Bestellungen sind bis 26. Oktober d. Js. durch die Gemeindebehörden bei mir einzureichen.

Neustadt, den 12. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nr. 414 Das stellvertretende Generalkommando in Breslau hat es sich zur Aufgabe gestellt, zur Vorbereitung für die spätere Geschichtsschreibung Feldpostbriefe, Tagebücher und sonstige private Aufzeichnungen von Kriegsteilnehmern zu sammeln und zwar besonders solche, in denen Daten, Ortschaften, Truppenteile, Führer usw. angegeben sind. Alle Aufzeichnungen werden später den einsendenden Stellen wieder zurückgesandt werden. Sollten die Beteiligten sich von diesen Schriftstücken auch nicht vorübergehend trennen wollen, so würde auch schon die Einsendung von Abschriften oder Auszügen dem Plane förderlich sein.

Auf vorstehendes Vorhaben mache ich mit dem Ersuchen aufmerksam, die gewünschten Schriftstücke an das stellv. Generalkommando 6. Armee-Korps in Breslau einzusenden.

Neustadt, den 14. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nr. 415. Der Gutsinspektor Richard Ulrich in Wadenau ist von mir als 2. Gutsvorsteher-Stellvertreter des Gutsbezirks Wadenau bestätigt worden.

Neustadt, den 16. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nr. 416. In Schnellwalde hiesigen Kreises ist unter dem Rindviehbestande des Stellenbesizers Wilhelm Burtfert die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Neustadt, den 18. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nr. 417. Die Ortspolizeibehörden des Kreises mache ich auf die im Regierungsamtsblatt Stück 42 Seite 426 Nr. 1028 zur Veröffentlichung gelangte Polizeiverordnung zur Aenderung der Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit verflüssigten und verdichteten Gasen vom 8. September 1914 (Sonderbeilage zum Amtsblatt Nr. 38) noch besonders aufmerksam.

Neustadt, den 19. Oktober 1915,

Der Königliche Landrat.

Nr. 418. Ich weise auf die Bekanntmachung über die Kartoffelversorgung vom 9. Oktober 1915 — Seite 647 des Reichsgesetzblattes — hin. Nach § 7 der Bekanntmachung sind zum Zwecke der Sicherstellung der Kartoffelmengen alle Kartoffelerzeuger mit **mehr als 10 ha** Kartoffelanbaufläche verpflichtet, 10 vom Hundert ihrer gesamten Kartoffelernte bis zum 29. Februar 1916 zur Verfügung des Kreiskommunalverbandes zu halten. Diese zur Verfügung zu haltenden 10 vom Hundert müssen Speisefkartoffeln oder Kartoffeln sein, aus denen Speisefkartoffeln verlesen werden können. Schuldhaftes Zuwiderhandlungen gegen diese Verpflichtung begründen eine Schadenersatzpflicht gegenüber der Reichskartoffelstelle.

Die Kartoffelerzeuger haben bis zum 27. d. Mts. eine Anzeige nach nachstehendem Muster der Ortsbehörde einzureichen.

Betrifft Anzeige nach § 7 der Bundesratsverordnung vom 9. Oktober 1915 über die Kartoffelversorgung (Reichs-Gesetzbl. S. 647).

Der Umfang meiner Kartoffelernte beträgt Ztr.
Es sind daher dem Kommunulverband gesetzlich zur Verfügung zu halten:
10 % von Ztr. = Ztr.

Diese von mir zur Verfügung zu haltenden Mengen sind Speisefkartoffeln — sind Kartoffeln, aus denen Speisefkartoffeln verlesen werden können.*)

Die zur Verfügung stehenden Mengen bestehen aus folgenden Sorten:**)

	Sorte	Centner
Industrie
Up to date
Magnum bonum
Wohltmann

Zusammen

..... den Oktober 1915.

Unterschrift.

*) Unzutreffendes zu durchstreichen.

**) Diese Angabe ist nicht notwendig, aber erwünscht.

Die Ortsbehörden haben mir die Anzeigen bis zum 29. d. Mts. früh einzureichen. Ich erwarte pünktliche Einreichung.

Landwirte, die **weniger als 10 ha** Kartoffelanbaufläche haben, haben Anzeigen **nicht** einzureichen.

Es genügt bis zur bevorstehenden Erntestatistik eine oberflächliche Schätzung.

Neustadt, den 20. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nr. 419. In Dittmannsdorf hiesigen Kreises ist unter dem Rindviehbestande des Bauern Theodor Schneider die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Neustadt, den 18. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nr. 420. Dem früheren Fleischbeschauer, Halbbauer Karl Zylla aus Polnisch-Raffelwitz ist bis auf weiteres die vertretungsweise Führung der Fleischbeschauengeschäfte des Beschaubezirks Bellen übertragen worden.

Neustadt, den 20. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nr. 421. Petroleum für landwirtschaftliche Zwecke und für Heimarbeiter wird den Ortsbehörden durch mich überwiesen werden. Die Unterverteilung auf die Beteiligten haben die Ortsbehörden vorzunehmen.

Der rein gewerbliche Bedarf an Petroleum ist von den Gewerbetreibenden auf Grund eines Zeugnisses des Herrn Gewerbeinspektors unmittelbar bei der Zentralstelle für Petroleumverteilung in Berlin, Schiffbauerdamm 15, anzufordern.

Vorstehendes ist auf ortsübliche Weise bekanntzumachen.

Neustadt, den 20. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

Nr. 422. In Dittersdorf und Jassen hiesigen Kreises ist unter den Viehbeständen der Bauergutsbesitzer Karl Schlosser und Hüller die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Neustadt, den 20. Oktober 1915.

Der Königliche Landrat.

v. Holtz.

Die Herren Gemeindevorsteher werden ersucht, der Kreiskasse sofort diejenigen Militärinvaliden und Militärrentenempfänger mitzuteilen, welche im Monat Oktober zum Heere eingetreten sind. Fehlanzeige ist nicht erforderlich.

Königliche Kreiskasse.

B e k a n n t m a c h u n g .

Vom 1. Juli 1915 ab hat Herr Kreisausschußsekretär Wilhelm Schroeter in Neustadt O.S. die Vertretung unserer Anstalt als Kreiskommissar und gleichzeitig die Hauptzahlstelle für den Kreis Neustadt O.-S. übernommen.

Indem wir den Kreisinsassen hiervon Kenntnis geben, ersuchen wir gleichzeitig, in allen Fragen der öffentlichen Lebens- und Volksversicherung vertrauensvoll an Herrn Kreisausschußsekretär Schroeter sich zu wenden. Er ist gern bereit, jederzeit kostenlos und unverbindlich Aufklärung und Rat zu erteilen.

Breslau, im Juli 1915.

Direktion der Schlesischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt.

v. Petersdorff.

Erweiterung der Metallbeschlagnahme (Nickel).

Die bestehende Verordnung (M 1/4. 15. KRA.) über Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Metallen vom 1. Mai 1915, die sich nur an Gewerbe- und Handeltreibende (nicht an Privatpersonen) wendet, und die auf den bei allen Postanstalten I. und II. Klasse erhältlichen „Melbescheinen für Metalle“ abgedruckt ist, wurde zum ersten Mal am 14. August 1915 durch eine Nachtragsverfügung (M. 5347/7. 15. KRA.) in Bezug auf Aluminium in Fertigfabrikaten ergänzt und erweitert. Jetzt hat sich die Notwendigkeit ergeben, durch eine neue Nachtragsverordnung (Nr. M. 1020/9. 15. KRA.), die mit dem 5. November 1915 in Wirkung tritt, die Verwendung von Nickel, das in der Hauptverfügung (M. 1/4. 15. KRA.) unter den Klassen 12 und 13 aufgeführt ist (vergl. Melbescheine) weiter einzuschränken. Es ist von jetzt ab verboten, Nickel nach den Bestimmungen des § 6 b Ziffer 1—4 der Hauptverfügung zu Kriegslieferungen im eigenen oder fremden Betriebe, zu notwendigen Ausbesserungen in einem mit Kriegslieferungen beschäftigten Betriebe oder zur Aufrechterhaltung eines landwirtschaftlichen Betriebes zu verwerten. Vielmehr ist für jede Verwendung aus beschlagnahmten Nickelvorräten eine besondere Freigabe erforderlich, die auf dem vorgeschriebenen Vordruck bei der Section M. der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Verlängerte Hedemannstraße 9/10, beantragt werden muß. Daneben bleibt zulässig die Veräußerung von Nickel an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft und ferner die Ablieferung der von der Verordnung (Nr. M. 325/7. 15. KRA.) über „Beschlagnahme, Meldepflicht und Ablieferung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus

Kupfer, Messing und Reinnickel" betroffenen Gegenständen (**Gaushaltungsgegenstände**) an die **kommunalen Sammelstellen**.

Alle näheren Einzelheiten sind aus dem Wortlaut der Nachtragsverordnung zu ersehen, die durch Anschlag und Abdruck in der Tagespresse zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Eine soeben erschienene Bekanntmachung befaßt sich mit der Bestandsaufnahme von elektrischen Maschinen, Transformatoren und Apparaten.

Nach dieser Bekanntmachung sind alle Besitzer von elektrischen Maschinen, Transformatoren und Apparaten, die sich auf Lager befinden oder während des Krieges entbehrlich sind, verpflichtet, diese Bestände der „Verteilungsstelle für elektrische Maschinen des Kriegsministeriums“ Berlin SW 11, Königgräzer Straße 106, unter Benutzung der vorgeschriebenen Meldefarte anzumelden.

Die Meldung hat zu erfolgen:

- a) bis zum 25. Oktober 1915, sofern die zu meldende Anzahl an elektrischen Maschinen, Transformatoren und Apparaten 100 Stück oder darunter beträgt;
- b) bis zum 30. Oktober 1915, sofern über 100 elektrische Maschinen, Transformatoren und Apparate zu melden sind.

Die Verteilungsstelle für elektrische Maschinen ist der Fabriken-Abteilung des Kriegsministeriums angegliedert. Sie vermittelt die Deckung des Bedarfs an elektrischen Maschinen.

Die Bekanntmachung enthält noch eine ganze Reihe näherer Bestimmungen, so über die Art der zu meldenden Maschinen, über Meldepflicht bei eintretenden Veränderungen usw.

Der Wortlaut der Bekanntmachung kann bei der Schriftleitung des Kreisblattes eingesehen werden.

Nachstehende Liebesgaben sind gespendet worden:

Lfd. Nr.	Name und Wohnort der Spender	Gegenstand
1	Gemeinde Steinau D.=S.	10 Hemden, 17 Paar Socken.
2	Graf von Seherr-Thoß auf Dobrau	1 Hirsch und 1 Reh.
3	Bauer Schlosser in Dittersdorf	4 Stk. Butter, $\frac{1}{2}$ Schock Eier.
4	Gemeinde Klein-Strehlitz	153 Flaschen mit Blaubeeren.
5	Die Gemeinden: Schnellmalde, Dittmannsdorf, Riegersdorf, Buchelsdorf, Zeisewitz, Schmittsch, Leuber und Kunzendorf zusammen	50 Ztr. Äpfel.

Allen Gebern herzlichen Dank.

Um weitere Gaben wird gebeten.

Neustadt D.=S., den 20. Oktober 1915.

Die Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins Neustadt Land:
Frau Margarete v. Choltitz.

U n z e i g e r.

Heu und Stroh,

auch alter Ernte von guter Beschaffenheit,
kauft an **Proviantamt Neustadt.**

Prima
beschlagnahmefreie **Torfstreu**
haben abzugeben
Prager & Co., Glaz (Tel. 36).

Aufgebot.

Es werden aufgeboden:

I. Die unbekannten Gläubiger folgender Hypotheken:

1) der auf dem Grundbuchblatte Waschelwitz in Abt. III Nr. 1 für die Geschwister Agnes, Josefa und Susanna Latus eingetragenen 50 Taler Erbgesel.

Antragsteller: Die Häusler Melchior und Marianna Bella'schen Eheleute in Waschelwitz.

2) der auf dem Grundbuchblatte Altsülz 6 in Abt. III Nr. 15 für Philippine Hettwer eingetragenen 68 Taler 3 Sgr. 3 $\frac{1}{2}$ Pf. Erbgeldforderung.

Antragsteller: Erbscholtiseibesitzer Wycisl in Altsülz.

3) der auf dem Grundbuchblatte Simsdorf 128 in Abt. III Nr. 1 für die Witwe Julianna Burdzil eingetragenen 550 Taler Kaufgelder.

Antragsteller: Die Stellenbesitzer Stanislaus und Bronislawia Bonczel'schen Eheleute in Simsdorf.

4) der auf dem Grundbuchblatte Ernestinenberg 51 in Abt. III Nr. 1 für Rittmeister v. Gersdorf und für Kammerherrn v. Gersdorf eingetragenen 100 Taler Kaufgelder.

Antragsteller: Häusler Peter Kusber in Ernestinenberg.

II. folgende verlorenen Hypothekenbriefe:

1) über die auf dem Grundbuchblatte Schweinsdorf Rittergut 41 in Abt. III Nr. 7 für die offene Handelsgesellschaft S. L. Landsberger in Breslau eingetragenen 18000 Mark Darlehen.

Antragsteller: Rittmeister Hermann Wessel in Berlin.

2) über die auf dem Grundbuchblatte Neustadt Stadt 208 in Abt. III Nr. 9 für Brigitta Pohl, geb. Kühnel, in Neustadt O.S. eingetragenen 3300 Mk. Pfoten.

Antragsteller: Rentier Franz Walke in Neustadt O.S.

3) über die auf dem Grundbuchblatte Neustadt 1103 in Abt. III Nr. 1¹⁰ für den Gerbereibesitzer Franz Habel in Neustadt O.S. eingetragenen 2500 Mk. Restdarlehen.

Antragsteller: Maurermeister Karl Gunzer in Neustadt O.S.

4) über die auf dem Grundbuchblatte Dittmannsdorf 7 Abt. III Nr. 3 für den Auszügler Johann Georg Kahler in Dittmannsdorf eingetragenen 7500 Mark Kaufgeld.

Antragsteller: Bauergutsbesitzer Johann Georg Kahler in Dittmannsdorf.

5) über die auf dem Grundbuchblatte Langenbrück 162 Abt. III Nr. 6 für die Sparkasse des Kreises Neustadt O.S. eingetragenen 600 Mark Darlehen.

Antragsteller: Martha Hampel in Breslau.

6) über die auf dem Grundbuchblatte Polnisch Raffelwitz 20 in Abt. III Nr. 2 für Josepha Wieja, verm. gem. Gonschior, in Polnisch Raffelwitz eingetragenen 540,99 Mark Kaufgelder.

Antragsteller: Gärtnerwitwe Marianna Gonschior in Polnisch Raffelwitz.

Die Rechtsnachfolger der bei I aufgeführten Gläubiger und die Berechtigten und die Inhaber der bei II bezeichneten Hypothekenbriefe werden aufgefodert, spätestens im Aufgebotsstermine am **2. Mai 1916 vorm. 9 Uhr** vor dem unterzeichneten Gericht ihre Rechte anzumelden und gegebenenfalls die Hypothekenbriefe vorzulegen, widrigenfalls die bei I genannten Berechtigten bezw. deren Rechtsnachfolger mit ihren Rechten ausgeschlossen und die bei II bezeichneten Hypothekenbriefe für kraftlos erklärt werden.

Neustadt O.S., den 8. Oktober 1915.

Königliches Amtsgericht.

Kriegsfreiwillige

stellt die **Ersapeskadron Dragoner-Regiments Nr. 8** nach vollendetem 18. Lebensjahre noch ein. Erforderlich ist ärztliche Untersuchung beim zuständigen Bezirkskommando. Besundschein ist mitzubringen. Meldung in **Breslau, Kürassierkaserne Zimmer Nr. 52.**

Salme oder verunglückte

Pferde und Fohlen

hole ich per Wagen sofort ab.

Hugo Schneider, Hoffleischerei, Neustadt O.S.

— Telefonisch unter Nr. 89 zu erreichen. —



Bekanntmachung.

Die Lieferung der zur Unterhaltung der Chausseen des Kreises Neustadt für das Rechnungsjahr 1916 benötigten **Kiesmengen** soll öffentlich an den Mindestfordernden vergeben werden und sind hierfür nachstehende Termine anberaumt worden:

1. Am Dienstag, den 9. November 1915, Vorm. 10 Uhr
in meinen Geschäftsräumen hierselbst, Landratsamt.
2. Am Mittwoch, den 10. November 1915, Vorm. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Herrmann'schen Gasthose zu Zülz.
3. Am Freitag, den 12. November 1915, Vorm. 11 Uhr
im Wilezek'schen Gasthause zu Oberglogau.

Lieferzeit bis 1. April 1916.

Alles Nähere wird noch durch besondere Plakate, bezw. im Termin bekannt gegeben werden.

Neustadt D.-S., den 16. Oktober 1915.

Der Kreisbaumeister.

Schroeter.

Neisser Kreisbahn.

Mit Gültigkeit vom 25. Oktober 1915 werden ermäßigte Frachtsätze für Güter aller Art in Wagenladungen bei Frachtzahlung für mindestens 5000 kg im Verkehr zwischen Neisse-Albhf. und den Anschlüssen der Station Neisse — Neuland eingeführt. Nähere Auskunft erteilen die Dienststellen.

Neisse, den 11. Oktober 1915.

Der Vorstand der Neisser Kreisbahn-Aktiengesellschaft.

Unsere diesjährige

Generalversammlung

findet am

Donnerstag den 28. Oktober d. Js. mittags 12 Uhr

im Gasthause „zum goldenen Kreuz“ in Neustadt D.-S. statt.

Die Aktienanmeldung muß spätestens am 25. Oktober d. Js. erfolgen.

Zuckerfabrik Neustadt D.-S.

Arbeiter

bei einem Tagelohn von vier Mark,

Arbeiterinnen

bei einem Tagelohn von zwei Mark zehn Pfennig sofort gesucht. Schlafstelle vorhanden. Meldungen bei

Dittmann, Tiefbau,

Rybnik, Nicolaistraße 5.

Weißfraut

in gesunder, fester Qualität kauft jeden Posten

H. Jonas, Neisse,

Furage-Großhandlung.

Gegr. 1858.

Tel.-Nr. 57 und 122.